

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/42. Jahrgang

September 2011

Schutzgebühr: 0,40 E

## Am Antikriegstag: heiße Diskussionen zum Hiroshima-Platz

Es war fast Mitternacht als die Stadtverordneten sich zu dem Beschluß durchringen konnten, daß in Gießen eine Straße/ein Platz nach Hiroshima benannt werden soll. Das ist der Auftrag an die Straßenbenennungskommission.

Michael Beltz hatte den Antrag gestellt, die Stadt möge endlich ihrem

vor 26 Jahren einstimmig gefaßten Beschluß, der von Hiroshima und Nagasaki initiierten Partnerschaft zur „Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beizutreten, Taten folgen lassen (s. GE 8/11). Vorausgegangen war eine hitzige und emotionale Diskussion, in der vor allem die betroffenen Hunde bellten. Das waren besonders die Stadtverordneten von SPD und Grünen, der Parteien, die damals besagten Antrag eingebracht und sich als Wortführer der Friedensbewegung geriert hatten, um dann gut zehn Jahre später unter Schröder/Fischer den ersten deutschen Krieg nach 1945 zu führen.

Dabei hat Michael Beltz ihnen das,

wozu er allen Grund gehabt hätte, gar nicht unter die Nase gerieben. Wohl aber die Tatsache, daß die NATO in ihren Kriegen (Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen) Uranmunition verwendet, die zwar nicht mit Atombomben vergleichbar ist, aber zu gleichen Erbschädigungen führt wie in Hiroshima.

(Fortsetzung auf Seite 3)



### Inhalt:

Eritrea/Kurden/Stadtwerke	S.2
Vertragsbrecher Rhön-Klinikum	S.3
Hartz IV/Rentenbeschleiß/Ausbeutung	S.4
Staatsschulden/Sonntagsarbeit	S.5
Polzisten + Faschisten/MWSt-Betrug	S.6
Leserbriefe	S.7
NATO-Protectorat Libyen/Termine	S.8

## Die LaGa - ein Segen für Hartz-IV-Empfänger?

Erstaunliches war in der Diskussion um die Landesgartenschau – und deren Kosten – im Stadtparlament zu hören. Auch und besonders Schwächere würden von ihr profitieren, hieß es. Denn nach der LaGa könnten auch Hartz-IV-Empfänger (die kein Geld für den Eintritt haben), sich erfreuen an den Umgestaltungen in Lahn- und Wieseck-Auen. *Das sei doch immerhin auch etwas für diejenigen, die nicht in Urlaub fliegen oder fahren können* (G. Merz, SPD). M. Preis (FDP) bringt es auf den Punkt: *Die LaGa macht die Stadt ein Stück sozialer.* Und W. Deetjen bekräftigte: *Auch Empfänger von Hartz-IV haben Recht auf ein lebenswertes Gießen.*

Damit sollten alle Beiträge von Linksfraktion (M. Beltz/J. Ahlgrimm) und Linkem Bündnis (M. Janitzki), die diese Gelder lieber für soziale Zwecke eingesetzt sehen wollen, vom Tisch gewischt werden. Es sei unseriös soziale, ökologische und – ergänzend: auch kulturelle – Belange gegeneinander auszuspielen.

Die bohrenden Nachfragen nach den realen Kosten wurden weitgehend abgebügelt, wie auch der Hinweis, daß in Gießen einerseits nicht genügend Geld für die Betreuung in Krabbelstuben vorhanden ist und andererseits mit der Gestaltung des Bahnhofplatzes ein weiteres verschwenderisches Prestige-Objekt die Stadt noch wei-

ter in die Verschuldung treiben wird. Die Kosten der LaGa beinhalten ein völlig unkalkulierbares Risiko, weswegen sich der frühere Stadtkämmerer Kölb (CDU) auch der Stimme enthalten hat. Erika Beltz



Gutenberg verläßt Deutschland

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

Über Eritrea herrscht weitgehend Unkenntnis. Nicht so bei Klaus-Dieter Grothe, Stadtverordneter der Grünen. Er sprach von Menschenrechtsverletzungen in Eritrea und maßte sich an, das Land als „eine der brutalsten Militärdiktaturen Afrikas“ zu bezeichnen und forderte dazu auf, „alle Nazis nach Eritrea zu schaffen, da könnten sie studieren, wie es sich in einem solchen von ihnen gewünschten Staat lebt.“ Hier lebende Eriträer empörten sich – zu Recht – über diese „Beleidigung und Demütigung eines ganzen Volkes“.

Wir haben uns daher näher mit Eritrea befaßt und dabei nicht nur die Texte von Amnesty International gelesen (worauf sich offenbar die Gießener Allgemeine beschränkte). Dort werden die sozialen Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit (Art. 23 der UN-Charta) oder auf soziale Betreuung (Art. 25) weitestgehend ausgeblendet. Würden die Länder der Erde nach der Gewährleistung ALLER Menschenrechte beurteilt, ergebe sich ein ganz anderes Bild – auch für die BRD. Und vor allem: das wichtigste Menschenrecht ist das auf Essen; Hunger gibt es nicht in Eritrea, sondern in den vom „Westen“ protegierten Ländern wie Äthiopien, Somalia, Sudan...

## "Keine akute Hungersnot in Eritrea"

Eritrea ist ein Land im nordöstlichen Afrika mit ca 5 Mio Einwohnern und der Größe Englands. Nach vielen Jahren als italienische Kolonie und einem 30-jährigen Befreiungskrieg gegen Äthiopien, erklärte Eritrea 1993 seine Unabhängigkeit, bildete die Regierung und erarbeitete eine Verfassung (aktuell noch eine Übergangsregierung wegen der anhaltenden Grenzkonflikte mit Äthiopien). Eritrea hat 1996 die bis dahin im ganzen Land großflächig angelegten Hilfslieferungen und Projekte ausländischer Organisationen für beendet erklärt, um seine Unabhängigkeit zu bewahren. Von seinen reichhaltigen Bodenschätzen (Gold, Silber, Kupfer, Zink usw.) möchte das Land selbst profitieren und gestattet ausländischen Firmen die industrielle Ausbeutung nur mit einer hohen Eigenbeteiligung. So hat ein eritreisch-kanadisches Konsortium mit der Förde-

rung der Bodenschätze begonnen, wobei Eritrea einen Anteil 40 % erhält, bei den sonst üblichen 5 % in Afrika.

Am 23.12.2009 beschloss der UN Sicherheitsrat Sanktionen gegen Eritrea wegen angeblicher Unterstützung somalischer Rebellen. Es erfolgte ein Waffenembargo, Reisebeschränkungen, Einfrierung von Vermögenswerten. Da es keinerlei Beweise für die Waffenlieferungen gibt (Somalias Waffen kommen eher aus Äthiopien), gibt es wohl andere Gründe für die Sanktionen. Eritrea behindert die ungestörte Ausbeutung der Rohstoffe in Afrika von den USA und ihrer westlichen Verbündeten.

Allein 2010 in Genf demonstrierten 3000 Menschen aus 14 Ländern, Eritreer und Freunde gegen die Sanktionen. Informationen zur aktuellen Lage bzw Kampagnen gegen die UN Sanktionen auf <http://eritrean-smart.org/>



In den westlichen Medien werden Gerüchte einer Hungerkatastrophe verbreitet (z. B. ARD Tagesthemen 15.08.2011) obwohl der deutsche Botschafter in Eritrea Klaus Peter Schick ganz deutlich sagte: „Es gibt keine akute Hungersnot in Eritrea“. So zu lesen in der Esslinger Zeitung vom 22. August 2011 in dem Artikel „Eritrea bleibt von Hunger und Dürre verschont“.

Soll so der nächste „humanitäre Einsatz“ der UN vorbereitet werden?

Sabine Albrecht

## Stoppt das Massaker der türkischen Armee



Gegen die Bombardierung der Grenzregion in Südkurdistan (Nordirak) durch türkische Kampfflugzeuge fand am 20. August in Gießen eine Kundgebung statt. Für das "Linke Bündnis" sprach Stefan Walther; er begann seinen Beitrag mit den Worten: "Es geht um Rüstungsexport, es geht um Menschenrechte? Stimmt das? Das Geschrei ist groß: keine Panzer nach Saudi-Arabien. Und was ist mit den deutschen Waffen in der Türkei? Die Welt schweigt! Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt und hat mit der Türkei seinen größten Abnehmer. Ein NATO-Staat, wo ist das Problem? Diese Waffen dienen der Aufstandsbekämpfung und der Unterdrückung des kurdischen Volkes, das ist das Problem!..."

## Stadtwerke zocken ab

Die Stadtwerke Gießen AG hat wieder einen Überschuß von 3 Mio. E erwirtschaftet; die Hälfte davon geht als Dividende an die Stadt. Das heißt: die Preise der Stadtwerke sind so hoch, daß sie Gewinne macht und damit die Stadtkasse auffüllt; für die ist das so gut wie zusätzliche Steuereinnahmen. Nun könnten die Stadtwerke ihre Preise auch im Interesse der Verbraucher senken. Das tut sie nicht. Wenn städtische Tarife und Gebühren erhöht werden, dann wird das immer damit begründet, daß die Kommunen „kostendeckend“ wirtschaften müssen; von Gewinne machen ist (zum Glück noch nicht) die Rede. Daran sollten sich die Stadtwerke in ihrer Preisgestaltung auch halten und nicht durch überhöhte Tarife von jedem Kunden quasi eine Zwangsabgabe kassieren. 1,5 Mio. E im Jahr sind schließlich kein Pappenstiel.

# Vertragsbrecher Rhön-Klinik: Sparlampe statt Leuchtturm

Als der damalige CDU-Ministerpräsident Koch das Marburger und Gießener Uni-Klinikum zum Schnäppchenpreis von 110 Millionen Euro an den privaten Rhön-Konzern verhöckerte, versprach er, hier würde ein Leuchtturm des medizinischen Fortschritts entstehen. Ein wesentlicher Grund für den Verkauf an gerade diesen Konzern war dessen Zusage, in Marburg ein Zentrum modernster Strahlentherapie zu errichten. Dort sollte ein erst in den letzten 10 Jahren entwickeltes Bestrahlungsverfahren für spezielle bösartige Tumore angewandt werden, bei dem mit beschleunigten Atomkernen (Partikeln) behandelt wird. Kenner wunderten sich, daß ein profitorientierter Krankenhaus-

konzern mit einem noch in der Erprobung befindlichem Verfahren Geld verdienen will.

Die zu erwartenden Ernüchterungserfolge vor einigen Wochen. Die Rhön AG mußte zugeben, daß sie zu viel versprochen hatte und das Zentrum nicht mit Gewinn betreiben kann. Die Fa. Siemens will die fast fertige Anlage zur weiteren Forschung und Entwicklung betreiben, Behandlung von Patienten ist nicht vorgesehen. Zur wissenschaftlichen Begleitung der Therapien ist in Marburg eine Professur für Strahlenbiologie eingerichtet worden, Strahlenexperten wurden extra eingestellt – alles auf Landeskosten und jetzt für die Katz. Ob der mit dem

Rhön-Konzern abgeschlossene Kaufvertrag für den Fall des Vertragsbruches Kompensationszahlungen hergibt, ist noch unklar. Aus dem Leuchtturm-Projekt ist nichts geworden, die Rhön-Kliniken haben nach wie vor überwiegend negative Schlagzeilen. Die Überführung des Landespersonals an den privaten Betreiber war verfassungswidrig. Das Pflegepersonal ist wegen Sparmaßnahmen überfordert, viele Patienten sind mit der Pflege unzufrieden. Zufrieden sein können nur die Rhön AG und ihre Aktionäre, die Gewinne und Dividenden steigen von Jahr zu Jahr - auf Kosten des Personals, der Patienten und der Krankenkassen.  
Gernot Linhart



(Fortsetzung von Seite 1)

## Am Antikriegstag...

Besonders Klaus-Dieter Grothe (Grüne) brachte erst seine Sprachlosigkeit zum Ausdruck („ich weiß gar nicht, was ich sagen soll“ – worauf auf der Tribüne zu hören war: „dann laß es sein“), bezeichnete dann den Antrag (oder die Rede?) als unangemessen und falsch und schilderte daraufhin seinen schmerzhaften Prozeß der Wandlung von einem Pazifisten (versehentlich sagte er „Polizisten“) hin zu einem, der militärische Gewalt für sinnvoll) hält (meinte er Krieg? – oder ein bißchen Krieg?).

Beltz warf er vor, sich als Pazifist zu gebärden, was dieser von sich wies: schließlich habe er schon früher für den Vietkong gesammelt - gegen die US-Aggression. Den Unterschied zwischen einem Pazifisten und einem Menschen, der für den Frieden in der Welt kämpft, kann ein Kriegsbefür-

worter nicht erkennen.

Auch Gerhard Merz (SPD) und Wolfgang Deetjen (Grüne) bliesen ins gleiche Horn: „unangemessen...“, „wird dem Thema nicht gerecht...“... und dann ließ Deetjen wieder die Beschuldigung „perfide“ fallen (lt. Duden: hinterlistig, tückisch), auf die gerne zurückgegriffen wird, wenn der wunde Punkt getroffen und Argumente fehlen.

Merz versuchte noch zu erklären, damals sei – im Gegensatz zu heute – eine hochexplosive Zeit gewesen, was die Atomkräfte betrifft, kommunale Friedenspolitik heute, das sei Fair Trade und ähnliches. Hat er nicht bemerkt, daß es die Stärke der Atomkraft UdSSR war, die jahrzehntelangen Frieden in Europa garantiert und verhindert hat? Erst nach der Niederlage der sozialistischen Länder folgt ein Krieg – mit deutscher Beteiligung - dem nächsten, egal ob

## Kriegsverherrlichung in Gießen erlaubt

Im Stadtparlament wurde am 1. September wiederum eine Erhöhung der Spielapparatesteuer beschlossen. U.a. sind 30% der Bruttokasse zu zahlen „für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben“. Insgesamt soll mit der Steuer auf Spielgeräte die Spielsucht eingedämmt werden. Gefährdung Jugendlicher liegt also nicht vor bei Kriegshetze.

die Bundesregierung von SPD/Grün oder CDU/FDP gestellt wird?

Gegen die Straßenbenennung stimmten CDU, FWG und FDP; die im Antrag weiter vorgesehenen Maßnahmen wurden allesamt abgelehnt. E.B.

## \*Ergebnisse "sinnvoller militärischen Gewalt"

in Jugoslawien: 115.000 Tote

in Afghanistan: 25.000 Tote (allein 2010 2777 getötete Zivilisten)

im Irak: bis 2007 80.000 getötete Zivilisten. - Aufgrund des gegen den Irak verhängten Embargos starben eine halbe Million Kinder, wie US-Außenministerin Albright 1996 öffentlich bestätigte.

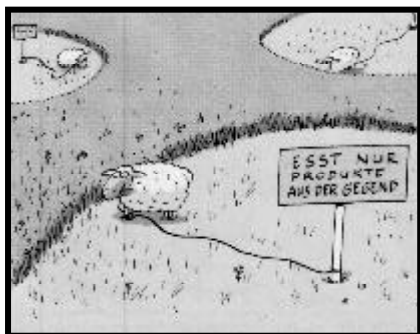
in Libyen: seit Febr. 2011 50.000 Tote (nach Angaben der "Rebellen").

Alle Zahlen Mindesschätzungen

Pressemeldung des Erwerbslosen Forum Deutschland vom 02.09.2011

## Hartz IV : 70% aller Sanktionen ungerechtfertigt

Im Jahr 2010 wurden 828.300 Sanktionen gegenüber Hartz IV-Beziehern ausgesprochen. Im Jahresdurchschnitt waren 136.000 Menschen von mindestens einer Sanktion betroffen. Der häufigste Grund für Leistungskürzungen waren Meldeversäumnisse (61%), gefolgt von der Weigerung, eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen oder deren Pflichten nachzukommen (18%), sowie der Weigerung, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit anzunehmen (14%). Das Erwerbslosen Forum Deutschland wirft der Bundesregierung und den Jobcentern blinde Sanktionswut vor, denn immerhin waren 42% aller eingelegten Widersprüche und fast 60% der eingereichten Klagen erfolgreich. Hinzu kommen die wesentlich härteren Sanktionen gegen unter 25-Jährige. Denen wird schon beim ersten Pflichtverstoß 100% der Leistungen gekürzt.



## Rentenbeschiß

Der seit Jahren stattfindende Betrug an den Rentnern wird auch im Jahr 2011 fortgesetzt. Zunächst wurde der Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung zum 1.1.2011 um 0,6% angehoben. Die Bezieher von gesetzlichen Renten (z.Zt. etwa 20 Millionen) müssen seitdem 0,3% ihrer Bruttorente zusätzlich an die gesetzliche Krankenversicherung zahlen.

Damit zahlen sie nun 8,2% ihrer Bruttorente an die gesetzliche Krankenversicherung, die übrigen 7,3% zahlt die Rentenversicherung. Bei Betriebsrenten wird gleich mit den kompletten 15,5% abkassiert. D.h., seit Anfang des Jahres wurden die Renten gekürzt.

Nun heißt es, zum 1.7.2011 seien die Renten um 0,99% gestiegen. Das ist nicht viel mehr als der Ausgleich der Kürzung. Und was ist mit der Inflation? Sie betrug seit Anfang des Jahres zwischen 2,0 und 2,4%, und wird wohl im Laufe des Jahres auf 2,4% ansteigen. Wie kann da noch von einer „Rentenerhöhung“ die Rede sein? Wir Kommunisten nennen das Rentenbeschiß - eine klare Kürzung der Renten.

Und dann gibt es noch die Pläne der FDP für eine Senkung der Lohnnebenkosten, um angeblich „mehr Netto vom Brutto“ zu erreichen. Was wird denn wirklich erreicht? Die Beiträge werden gekürzt und damit natürlich die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung. Weiter sinkende Renten sind das Ergebnis – und eine Verbesserung der Gewinne des



Kapitals. Wenn angeblich Spielraum da sein sollte, so fordern wir als DKP weiterhin: weg mit der Rente mit 67.

Diese Sauerei, die tatsächlich nichts anderes als eine erhebliche Rentenkürzung darstellt, kann und darf nicht akzeptiert werden. Wir Kommunisten werden an diesem Punkt nicht aufgeben und sagen, was mit der Rente mit 67 erzielt werden soll: nichts anderes als eine weitere Umverteilung in Richtung des Kapitals. Und dafür wird dann noch die Werbetrömmel der privaten Rentenvorsorge geschlagen, mit der den abhängig Beschäftigten zusätzlich Geld aus der Tasche gezogen wird.

Am Schluß bleibt festzustellen, dass die gesetzliche Rentenversicherung zerschlagen werden soll, ihre Privatisierung hat längst begonnen im Auftrag des Großkapitals, das damit große Profite erzielt. Dies ist das politische Ziel im Auftrag des Kapitals. Wir Kommunisten stehen dem entgegen und fordern ein Ende der Zerschlagung der gesetzlichen Rentenversicherung. K.S.

## Alternative Energie: Profit mit frühkapitalistischer Ausbeutung

In den Branchen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern entstehen immer mehr Arbeitsplätze, über 300.000 sind es jetzt schon. Im Rahmen des weiteren Ausbaus dieses Zweiges der Energiewirtschaft werden es noch viel mehr. Große Freude über diese Arbeitsplätze ist aber meist unangebracht, von „Guter Arbeit“ ist dort oft nichts zu sehen. Gewerkschaften, Betriebsräte und Tarifverträge haben in diesem Bereich Seltenheitswert.

Das alternative Image der Betriebe führt oft dazu, daß die Firmeninhaber ihren Beschäftigten gegenüber behaupten, sowas sei in „ihrem“ Betrieb doch nicht nötig, da doch alle für eine gute Sache arbeiten. Die Zeiten kleiner Gründer-Betriebe, in denen die

Belegschaft meint, gemeinsam mit dem Boss an einem Strang zu ziehen, sind aber längst vorbei. Solar- und Windenergieanlagen werden in hoch technisierten Betrieben mit hundert oder tausenden Beschäftigten produziert. Ihre Eigentümer sind dank staatlicher Förderung oft zu Millionären geworden – während für die Beschäftigten nach wie vor lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne (oft unter 10 Euro pro Stunde) die Regel sind.

Auch der Einsatz von Leiharbeitern ist an der Tagesordnung. Das muß aber nicht so bleiben. Beim Marktführer für Windkraftanlagen, Emercon, wurde die Wahl von Betriebsräten erkämpft. Beim Solaranlagen-Hersteller Solicon in Wolfen wurde mit Warn-

streiks ein neues, besseres Gehaltssystem durchgesetzt und bei den Bosch-Solarbetrieben in Erfurt ein Tarifvertrag erstritten.

Richtig hässlich wird der angeblich grüne Kapitalismus, wenn es um die Beschaffung von Rohstoffen geht. Die für die Hochtechnologie der Energieanlagen notwendigen Materialien wie Kobalt, Tantal, seltene Erden werden dort beschafft wo sie am billigsten sind, also in Ländern mit sehr niedrigen Löhnen und minimalen Arbeits- und Umweltschutzstandards.

Zukunftstechnologie mit frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen – das klingt zwar wie ein Widerspruch, in diesem Wirtschaftssystem ist es aber Realität.

Gernot Linhart

# Wie wird der Staat die Schulden los?

Die kapitalistischen Staaten sind pleite. Die führenden Industrienationen sitzen auf einem Berg von 35 Billionen Schulden, eine Zahl mit zwölf Nullen. Verschuldet sind Privathaushalte, Unternehmen und eben Staaten, Schuldner der letzten Instanz. Rettungsschirme für Banken und Industrie, Hochrüstung, Krieg (Irak, Afghanistan, Libyen) ließen die Staatsschulden regelrecht explodieren. Das Geldvermögen der Reichen, ein Fondsvermögen von 122 Billionen Dollar, ist in wenigen Händen von Milliarden konzentriert. Diese investieren das Geld nicht in die Produktion von Waren - soviel profitable Anlagen gibt es da gar nicht - sondern in solche staatliche Anleihen, die im Gefährdungsfall als „systemisches Risiko“ mit Steuergeldern herausgehauen werden. Nach dem letzten Weltkrieg hatte man den Menschen ein Goldenes Zeitalter versprochen. Inflation? Kein Thema mehr. Depression und Arbeitslosigkeit? Da haben unsere Wirt-

schaftsfachleute mit Ludwig Erhard an der Spitze unfehlbare Mittel dagegen. Wir haben aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 für alle Zeiten gelernt. Dann ging der Nachkriegsboom zu Ende und Erhard war mit all seinen klugen Professoren entzaubert. Und die Menschen hatten doch so gerne an das Golden Age nach der Weltkriegskatastrophe geglaubt. Wie stets im Kapitalismus blieb die Massenkaufkraft immer weiter hinter der stets ausgedehnten Produktion zurück. Es kam zur ersten und zur zweiten sog. Ölkrise, Asienkrise, Russland, Lateinamerika, Platzen der New-Economy-Blase, Zusammenbruch der Lehman-Bank mit globaler Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren dritter Phase wir uns nun befinden. Und nun erzählt man uns, ab jetzt sollten die Staatsschulden zurückbezahlt werden. Papier ist geduldig und die „Schuldenbremsen“ mit denen man es bedrückt, sollen nur die Begründung liefern, Leistungen für Sozia-

Die Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter (ist) teils durch die Gesetze des Arbeitslohns, teils dadurch beschränkt, dass sie nur solange angewandt werden können, als sie mit Profit für die Kapitalistenklasse angewandt werden können. Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde. (Karl Marx: Das Kapital III. Bd., MEW 25, 501)

les und Bildung abzubauen. Wie wird ein Staat seine Schulden los? Verringerung der Ausgaben? Nicht bei Industriesubventionen und Rüstung. Höhere Steuereinnahmen? Ja, aber nicht bei den Reichen, nur bei der Mehrwertsteuer, Mineralöl, Tabak usw. Weitere Instrumente? Finanzminister Schäuble und der „Spiegel“ sind sich da einig: Zwei gibt es noch. Erstens gewollte Inflation. Da zahlt der Staat dann mit buntem Papier, für das Lohnempfänger und Rentner nichts kaufen können. Schäuble fällt noch eine zweite Möglichkeit ein: Krieg. Den möchte er aber denn doch heutzutage ausschließen. Man sieht, wir leben in einer wirklich humanen Gesellschaftsordnung. So taumelt die Krise immer schneller von Stufe zu Stufe. Und am rechten Rand melden sich vermehrt die Rattenfänger. Auch die brennenden Städte Englands sind ein Menetekel.\* Klaus Mewes

\*) Menetekel: Warnung vor drohendem Unheil. Bibelinteressierten Echo-Lesern sei das Buch des Propheten Daniel (5, 1-30) empfohlen, klassikinteressierten Heinrich Heines Gedicht „Belsazar“.



## Weiterer CDU-Angriff auf den arbeitsfreien Sonntag

Die christdemokratisch geführte Landesregierung Hessen plant einen weiteren Anschlag auf den freien Sonntag. Während man als Kommunist und Atheist ihnen am liebsten das alte Testament: „Am siebten Tage sollst Du ruh'n“, um die Ohren schlagen möchte, greift die CDU/FDP-Koalition im Auftrag des Kapitals und dessen Wunsch nach Arbeit und Profiten rund um die Uhr den Sonntag an – und das nicht nur im Einzelhandel sondern auch in weiterem „Gewerbe“. Das Ganze wird dann - anders als bei einem Gesetzgebungsverfahren, das

durch das Parlament abgesegnet werden muß - direkt durch die Landesregierung erlassen und nennt sich „Verordnung über die Zulassung der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen (Bedarfgewerbeordnung – BedGewV)“. Dahinter ist dann der Auftrag des Kapitals versteckt, Maschinenlaufzeiten rund um die Uhr durchzusetzen. Was das für die Gesundheit der Beschäftigten, das soziale Leben in Familie, Freundeskreis, Lebensgemeinschaften, Sport-, Kulturvereinen u.a.m. bedeutet, kann man ge-

trost bei diesen nachfragen. Wir Kommunisten in Gießen werden uns an allen Initiativen beteiligen, die verhindern, dass die menschenfeindliche Pläne der hessischen Landesregierung umgesetzt werden. K.S.

„Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erbauung gesetzlich geschützt.“ (Artikel 140 Grundgesetz)

# Deutsche Polizisten schützen die Faschisten

**In Gießen** ist die Auswertung der Ereignisse anlässlich des martialischen Polizeieinsatzes zur Durchsetzung der Nazi-Demo vom 16. Juli nicht abgeschlossen. Auch die Antworten auf die Berichtsanträge an den Gießener Magistrat und die Hessische Landesregierung stehen noch aus (s. GE 8/11). Hilfreich ist es dabei, das Vorgehen der Obrigkeit in anderen Städten einzubeziehen.

**In Dresden** z.B., wo es im Februar gelungen ist, den Nazi-Aufmarsch erfolgreich zu blockieren, wurde nicht nur das gesamte Telefonnetz überwacht (teilweise konnten Handys nicht benutzt werden), auch die Busunternehmen wurden – in der gesamten BRD – aufgefordert, Auskunft zu geben über Busreisen nach Dresden einschließlich Routen, Verträge, wo Fahrgäste aus- und zugestiegen sind, worüber sie sprachen und welche Transparente sie mit sich trugen (SPIEGEL, Nr. 27/2011). Jetzt im August wurde die Dienstwohnung eines Dresdners Pfarrers durchsucht, in seiner Abwesenheit (er befand sich in Urlaub) wurden der Dienstwagen und weitere Gegenstände beschlagnahmt. Da auch seine Diensträume durchsucht wurden, besteht der

Verdacht der Verletzung des Beichtgeheimnisses. Dem Pfarrer wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ zu Last gelegt. Dieser Vorwurf wird allgemein als vollkommen abwegig eingeschätzt, auch von Dresdens OB Schröter, der vermutet, daß diese Maßnahmen abschreckend für den Februar 2012 wirken sollen, wenn die nächste Nazi-Demo ansteht.

**In Dortmund** schützten am 3. September 4000 Polizisten mit Brachialgewalt „hart durchgreifend“ etwa 750 Faschisten, wozu auch das Einkesseln von 150 bis 180 Gegen-Demonstranten (Zahlen der Polizei) sowie 200 Festnahmen gehörten. Etwa 10.000 Antifaschisten hatten in Dortmund protestiert. Bereits im Vorfeld war es in Dortmund gehäuft zu Anschlägen auf linke Büros (auch das der DKP) und Einrichtungen gekommen, was von der Polizei heruntergespielt wurde. Statt dessen hatte sie massiv gegen Sitzblockaden öffentlich Stellung bezogen, vor denen sie als „Straftatbestand“ warnten. Die Parallelen sind nicht zu übersehen. Offenbar soll mit allen Mitteln der „nicht zu verbotenden“ NPD die Straße frei gehalten werden, während Antifaschisten eingekesselt, festgenommen und in

ihren demokratischen Rechten beschnitten werden.

Es gibt aber auch Unterschiede: der Dortmunder OB hat sich dem Blockadeaufruf angeschlossen, weil „Blockaden eine Form der freien Meinungsäußerung“ sind.

**In Leipzig** wurde im August das Verbot einer NPD-Demo gerichtlich nicht aufgehoben. Mit dem Argument, ein Verbot würde vor Gericht nicht bestehen, hatte war in Gießen ein Verbot abgelehnt worden.  
Michael Beltz



**Redaktionsschluß für das  
Oktober-Echo: 28.09.11**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: gruendruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse: .....

e-mail: .....

## Mehrwertsteuer: Ein 250-Millionen-Ding

In Frankfurt findet ein Prozeß gegen Steuerbetrüger statt. Eine Gruppe von Kaufleuten hat den Staat um 250 Millionen erleichtert. Sie haben CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate ins Ausland verkauft und sich vom Finanzamt nie gezahlte Mehrwertsteuer in dieser Höhe erstatten lassen. Einer der Angeklagten erklärte, er habe das nur gemacht, weil es so erstaunlich einfach war. Ein anderer sagte aus, er habe gar nicht bemerkt, daß es sich um einen Betrug handelt. Seit Einführung der Mehrwertsteuer ist bekannt, daß diese Steuer besonders anfällig für Betrug ist. Mit etwas Kenntnissen und krimineller Energie kann nicht nur Steuer hinterzogen, sondern das Finanzamt zum Zahlmeister gemacht werden - bei Rückerstattungsanträgen muß nicht nachgewiesen werden, daß die Steuer jemals abgeführt wurde. Nach seriösen Schätzungen gehen dadurch jedes Jahr 20 Milliarden Euro an Betrüger, getan dagegen wird, außer gelegentlichen Strafverfahren, nichts. Beim Handel mit Emissionszertifikaten wurde prompt gehandelt: Solche Geschäfte sind jetzt von der Steuer befreit.  
G.L.



### Welch Begriffsverwirrung!

*gedankliches Kauder-Welsch  
spricht CDU-Fraktionschef  
über Demokratie Freiheit Rechtsstaat*

Politische Lyrik ist selten und nicht jedermanns Sache. Jetzt ist ein Bändchen (120 S.) von Jürgen Riedel erschienen: **"Für mehr Demokratie"**, über Vergangenheit + Gegenwart, sozial + Sozialismus, Diktatur + Demokratie, Profit + Hartz IV, Kapital + Arbeit Verlag Wiljo Heinen, Berlin, 10 Euro

# Leserbriefe

## Anti-Nazi-Aktionen am 16.7.

Im Nachhinein gäbe es noch viel zu sagen zu 16. Juli – nachdem durchgesickert ist, was hinter den Kulissen gelaufen ist und wie Gießen Bunt Gießen Nazifrei bekämpft und auch erpreßt hat! Für die Nazis war der Tag ein Sieg, für die Antifaschistinnen und Antifaschisten eine Niederlage. Nur eine gemeinsame Demo hätte die Nazis beeindrucken können. Wurde aber durch Gießen Bunt verhindert, Bewegung gespalten und Speerspitze abgebrochen! – Übrigens, ich hörte, am Stand der Johanneskirche wurden zwei friedliche Jugendliche an die Kirchenwand gestellt und durchsucht. Als jemand das fotografieren wollte, hat die Polizei gedroht, die Kamera abzunehmen. Die Erfahrungen haben auch gezeigt, wie notwendig es ist, daß der einzelne Polizist sichtbar eine Nummer trägt, wie das z.B. britische Polizisten tragen. – Wenn ich's richtig übersehe habe – bei allen diesen antifaschistischen Ständen von Gießen Bunt hat sicher noch die antifaschistische Hüpfburg für Kinder gefehlt?! Name ist der Red. bekannt

## Wir bitten um kurze Beiträge

### Anti-Nazi-Aktionen am 16.7.

Und das Thema ist aktuell und wird es wohl auch bleiben. Wenn ich bloß daran denke dass in jüngster Zeit ein Landesverband einer Partei namens „Die Freiheit“ in der Gießener Kongresshalle gegründet wurde, wenn ich an den Aufmarsch am 16. Juli denke, wenn ich daran denke, dass der liberale Ungeist sich immer mehr anmaßt, medial den „Wert“ von Menschen auf deren Effektivität zu beschränken... So fand ich es beispielsweise sehr gut, dass ich beim Nachbereitungstreffen von „Gießen bleibt bunt“ gemeinsam mit Dennis war. So konnten wir die Rolle unserer Partei (Linke, d.Red.) zweiteilen: Er sprach an, dass man das nicht als Erfolg werten könne, wenn ein Naziaufmarsch ermöglicht wird, Polizisten diesen erzwingen, Steuergelder für dieses Tun der Polizisten ausgegeben werden, wenn Gegendemonstranten mit Pfefferspray körperverletzt werden. Meine Rolle bestand darin den Anspruch zu formulieren, dass die Akteure des Bündnisses sich um einen breiten Diskurs zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verdient machen sollten. Denn die Forschung belegt schließlich, dass es nicht bloß ein NPD-Problem gibt, sondern dass Menschenfeindlichkeit bis mitten in die Gesellschaft hineinreicht.

Thorsten Lux



### Friedensratschlag?

Der Bundesausschuss Friedensratschlag hatte sich in Bezug auf den NATO-Kolonialkrieg gegen Libyen bisher schon nicht mit Ruhm bekleckert. Erinnerung sei an die Ostermärsche, bei denen dieser Krieg weitgehend ausgeblendet wurde und nur von vereinzelt Gruppen und Rednern vor Ort thematisiert wurde. Die aktuelle Erklärung ist ebenfalls, gelinde gesagt, widersprüchlich. Da werden einerseits die ökonomischen und geostrategischen Gründe für die Zerstörung der Libysch-Arabischen Dschamahirija (Sozialistische Volksdemokratie) durch die NATO benannt, zugleich aber die Sprachregelung eben dieser Aggressoren, die Bestandteil der öffentlichen »Legitimation« des Überfalls sind, übernommen: *'Machthaber Gaddafi', 'Gaddafi-Regime', 'entmachteter Despot Gaddafi'*. Der BA erklärt nun: *"Für die weitere Entwicklung ist zu hoffen, dass 1. die Kämpfe sofort und endgültig eingestellt werden."* Damit wird de facto der legalen und legitimen Regierung Libyens, die einen objektiv antiimperialistischen Charakter hat, das Recht auf militärische Verteidigung abgesprochen und damit objektiv das propagandistische Geschäft der NATO-Aggressoren betrieben.

Heinz-W. Hammer

### Maske und Realität von Kriegen

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“, formulierte der griechische Dichter Aischilos vor 2.500 Jahren - zur Legitimierung von Krieg, Ausbeutung und Raub, das gilt bis heute. Dies geschieht aktuell in Libyen, wo die rivalisierenden „Rebellen“ vermutlich gewinnen werden, aber nur dadurch, dass die NATO ihnen den Weg freibombardiert: Kriege gelten als „humanitäre“ Einsätze, Städte werden bombardiert, um die „Zivilbevölkerung zu schützen“, der Feind wird zum kulturlosen Barbaren und Untermenschen stilisiert. Unterschlagen wird, dass die Religion ausbeuterischen Klassen als Steigbügelhalter dient - grausamen Kreuzzüge, Hexenverbrennungen, das Konkordat zwischen Vatikan und dem Hitler-Faschismus. Der inszenierte Überfall auf den Sender Gleiwitz wurde propagandistisch für den Beginn des zweiten Weltkrieges genutzt. Generell werden alle Freiheitskämpfer als „Terroristen“ verleundet. Kein Gräuelmärchen, keine Horrorgeschichte war und ist zu schade. Man behauptete medienwirksam, Gaddafi setze Viagra als Kampfmittel ein, damit seine Soldaten besser vergewaltigen können. „Die Kriegslügen über Libyen sind schlimmer als über den Irak“ Unter diesem Titel schreibt T. C. Mountain: *„Sowohl Amnesty International als auch Human Rights Watch hatten nach dem Aufstand im Osten Libyens sämtliche Anschuldigungen, mit denen die NATO den Krieg gegen Libyen gerechtfertigt hat, widerlegt.“* (Zit. n. Rundbrief Freidenker vom 23.7)

Uwe Moldenhauer

### Notwendige Ausführungen zum Antikriegstag

Diese sind umso mehr notwendig, als von Faschisten mit ihren Hetzparolen versucht wird, diesen Tag genau ins Gegenteil zu verkehren, wie jetzt aktuell in Dortmund: Seit vielen Jahren gehört der 1. September zum festen Bestandteil des Friedenskalenders. An diesem Tag wird des Beginns des 2. Weltkrieges erinnert, den die faschistische deutsche Wehrmacht mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 eröffnet hat. In Deutschland erklärten nach dem 1. Weltkrieg Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Friedensgruppen zunächst den 1. August zum Friedenstag - als Erinnerung an den Kriegsbeginn 1914. Diese Tradition griff der DGB nach dem 2. Weltkrieg wieder auf. Unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ riefen Gewerkschaften die Bürger erstmals am 1. September 1957 zu Aktionen erfolgreich auf. Vielerorts werden heute Aktionen zum Antikriegstag von Gewerkschaften und örtlichen Friedensgruppen durchgeführt. Auch in der DDR war der 1. September ein besonderes Datum, dort feierten die Menschen den Weltfriedenstag.

Uwe Bossart

Wetzlar:

## Veranstaltung von DKP und Linke

Samstag, 1. Oktober, 19 Uhr, im Harlekin (Güllgasse/  
Altstadt) mit

**Erich Schaffner**

*"Warum die Rosa den Ebert  
nicht leiden mochte..."*

Eintritt frei

## Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 bis 19 Uhr  
bei den drei Schwätzern

Wir bitten um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,  
BLZ 51350025,  
Sparkasse Gießen



Probeexemplar bzw. 10 Wo-  
chen Gratis-Abo

(endet automatisch):

UZ-UnsereZeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,  
E-mail: UZAbo@t-online.de  
www.unsere-zeit.de

## Neues Protektorat: Die NATO und der Krieg in Libyen

Auch wenn die NATO und die von der Militäralliance unterstützten Aufständischen vorerst die Oberhand über den größten Teil des Landes erringen, der Krieg in Libyen ist keineswegs zu Ende.

Die Mehrheit im Westen des Landes dürfte sich nicht einfach denen unterordnen, die für die -NATO-Bomben und die Zerstörungen verantwortlich sind und deren Politik auf die Abschaffung vieler Errungenschaften der libyschen Dschamahirija zielt. So würde die im Verfassungsentwurf von Bengasi enthaltene Einführung der Scharia als Basis jeden Rechts das Ende der bisherigen rechtlichen Gleichstellung libyscher Frauen bedeuten.

Der Widerstand wird daher, wie im Irak, in anderer Form weitergehen.

Die Anti-Ghaddafi-Koalition wird den Sturz des gemeinsamen Feindes hingegen nicht lange überdauern. In mehreren Städten im Osten haben die örtlichen Rebellen verkündet, den Übergangsrat keinesfalls als Vertretung anzuerkennen. Auch einige der Rebellen-Milizen, die nach Tripolis eindringen, lehnen diesen laut der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua ab. Manche begannen

sogar Checkpoints einzurichten und andere Rebellen zu entwaffnen.

Angesichts dessen sehen auch viele westliche Experten die Gefahr eines anhaltenden Bürgerkriegs mit vielfältigen Fronten. Wenn sie dabei die durchaus reale Gefahr somalischer Verhältnisse in dem noch stark von Stämmen dominierten Land beschwören, so geschieht dies jedoch nicht uneigennützig:

In den westlichen Hauptstädten werden nicht zuletzt damit die Pläne für den Einsatz einer »UN-Truppe« nach dem Vorbild der KFOR-Mission im Kosovo begründet. Faktisch wurde die abtrünnige serbische Provinz dadurch nach dem Krieg 1999 zum westlichen Protektorat. Auf diese Weise könnte die NATO auch in Libyen die wenig verlässliche Rebellenführer

rung unter ihre Kontrolle bringen und sicherstellen, daß westliche Konzerne endlich einen befriedigenden Zugriff auf die libyschen Ressourcen erhalten.

Vermutlich wird das reichlich überstrapazierte UN-Mandat bald ad acta gelegt. Ein weiteres »Engagement« könnte statt dessen mit einem »Hilfersuchen« der von der Kriegsallianz etablierten Gegenregierung gerechtfertigt werden. Auch wenn Politiker und Strategen der NATO immer eifriger versichern, man werde die im Irak gemachten Fehler vermeiden, so würde Libyen durch eine NATO-Besatzung exakt in die Spuren des Zweistromlandes gleiten. Sicherlich machten die Besatzer im Irak zahlreiche taktische Fehler, doch waren es letztlich die wirtschaftlichen und geostrategischen Ziele der Eroberer, die das Land unweigerlich in die Katastrophe führten. In Libyen verfolgen sie im wesentlichen die gleichen Ziele mit ähnlichen örtlichen Verbündeten. Venezuelas Präsident Hugo Chávez übertreibt daher nicht, wenn er angesichts der Berichte über eine bevorstehenden Invasion von NATO-Truppen befürchtet, daß die »Tragödie in Libyen erst begann«.

Joachim Guilliard  
(aus "junge Welt", 30. August 2011)

